

Hände weg vom Steuer

Ausgabe vom 13. Mai 2015

Fortschritt mit Schattenseiten

Die Fortschritte in der Technik sind unglaublich faszinierend. Neuestes Beispiel: Das selbstfahrende Auto. Es scheint mir total unrealistisch, dem Auto die ganze Verantwortung abzugeben und mich darauf zu verlassen, dass es mich sicher ans besagte Ziel bringt. Die Neugierde ist jedenfalls riesig, und doch wäre ich mir nicht sicher, ob ich dazu bereit wäre, keine Kontrolle über mein Fahrzeug zu haben. Bis wir diese Erfindung aber auf unseren Strassen sehen werden, braucht es noch jede Menge Geduld.

Viele Konstruktionen vereinfachen uns das Leben. Aber hat diese Entwicklung wirklich nur Vorteile? Der Drang danach, möglichst viel Arbeitsleistung in ein möglichst kleines Zeitfenster zu packen, ist wohl der Grund, weshalb Roboter, vorwiegend im Berufsalltag, unseren Platz eingenommen haben. Dadurch gehen viele Stellen verloren – ein Problem, das immer wieder zur Diskussion steht.

Bedenklich finde ich auch die enorme Veränderung, wie wir uns untereinander austauschen. Unsere Kommunikationsfähigkeit geht immer mehr verloren. Überall soll Zeit gespart werden, so auch im Vermitteln von Informationen. Die technischen Kommunikationsmittel lösen die gute alte Briefpost ab. Schade, eigentlich. Denn es bekommt heutzutage jeder noch gerne einen handgeschriebenen Brief, oder?

Jedoch bin ich der Meinung, dass wir in vielen Gebieten einen grossen Schritt in die richtige Richtung gemacht haben. Beispielsweise das neue Robotersystem, welches zur Mithilfe bei der Bombenentschärfung hergestellt wurde. Damit können etliche Menschenleben gerettet werden, ohne dass sich jemand dafür in Gefahr begeben muss.

Ein Vorteil, der sich auch nachhaltig auswirkt, ist, dass man mit all den technischen Geräten in vielen Bereichen auch Ordnung und Übersicht schaffen kann. Das papierlose Büro ist meiner Meinung nach eine sehr positive Entwicklung, welche auch der Umwelt zugute kommt.

Céline Auer

Buchenstrasse 7a, 9205 Waldkirch

Leserbrief: Schmerzfreies Schlachten

Ausgabe vom 9. Mai 2015

Das Schlachten verheimlichen?

Metzger Mösli stört, dass im TV-Spot «Vegan – alles andere ist Tierquälerei» des VgT «blutige Schlachtbilder» gezeigt werden und findet das eine unzulässige Beeinflussung der Konsumenten. Eine plausible Begründung für seine Meinung liefert Mösli nicht, weil es keine gibt. Tatsächlich kann es ein «unblutiges» Schlachten gar nicht geben. Die Bilder im Fernsehspot zeigen absolut alltägliche Schlachtszenen, wie sie jederzeit an einem x-beliebigen Tag in einem x-beliebigen Schlachthof aufgenommen werden könnten – falls das Fotografieren erlaubt würde. Aber natürlich möchten die Metzger das blutige Tiermorden vor den Konsumenten verstecken. Damit machen sie genau das, was sie dem VgT unberechtigterweise vorwerfen: Eine unzulässige Beeinflussung der Fleischkonsumenten.

Erwin Kessler**Verein gegen Tierfabriken**Schweiz VgT.ch
Im Bühl 2, 9546 Tuttwil**Leserbrief Mehr Regen, mehr Tempo**

Hans-Peter Amann fotografierte in Wil.

Lügen haben kurze Beine

Das reichste Prozent der Schweizer Bevölkerung besitzt zwischen 40 Prozent (Bundesamt für Statistik) und 58 Prozent (Credit Suisse) des gesamten Vermögens. Einige wenige besitzen so viel wie die untere Hälfte der Steuerzahlerinnen.

Das ist der erste Grund, am 14. Juni für eine nationale Erbschaftssteuer zu stimmen. Weitere Argumente für ein Ja liefern die Gegner gleich selber – denn ihre Kritik und Nein-Kampagne stimmen nicht: Erstens sieht der Initiativtext Ausnahmen vor: Wird der Betrieb an einen Nachkommen vererbt, steigt der vorgeschlagene Freibetrag von 2 auf 50 Millionen Franken. KMU werden damit faktisch von der Steuer befreit. Zweitens werden Hausbesitzer nicht zu stark belastet, wenn ein Ehepaar bis zu 4 Millionen steuerfrei vererben kann. Die sehr grosse Mehrheit wird die Erbschaftssteuer gar nie zu spüren bekommen – ausser im positiven Sinn, weil sie der AHV und den Kantonen zugute kommen wird. So frage ich mich, warum die Gegner mit ihrer millionenschweren Propaganda wissentlich falsche Informationen verbreiten?

Setzen wir als politisch aktive und verantwortungsvoll denkende Menschen ein starkes Zeichen und sagen Ja zur Erbschaftssteuer.

Markus BöschLocherzelgstr. 22
8590 Romanshorn**Erbschaftssteuer macht uns alle arm**

Wer glaubt, dass die Erbschaftssteuer die finanzielle Situation der Kantone verbessert respektive die Finanzierungsprobleme der AHV löst, irrt gewaltig. Denn die Auswirkung einer Erbschaftssteuer wird uns alle treffen, indem wir noch höhere Steuern bezahlen müssen.

Wenn wir die Schweiz zur Steuerhölle machen, werden sich wohl einige Vermögende

überlegen, wegzuziehen. Denn viel schwerwiegender als der Verlust der Erbschaftssteuer wird der Wegfall der Einkommens- und Vermögenssteuer sein, welche bis anhin in der Schweiz bezahlt wurde. Halten wir fest, dass rund 10 Prozent der Steuerpflichtigen knapp 75 Prozent der Einkommenssteuern bezahlen. Und etwa 7 Prozent aller Steuerpflichtigen rund 90 Prozent der Vermögenssteuer. Wollen wir wirklich die Kuh schlachten, die wir melken? Winston Churchill hat das Ansinnen der Linken einmal wie folgt glossiert: «Dem Kapitalismus wohnt ein Laster inne: die Verteilung der Güter. Dem Sozialismus hingegen wohnt eine Tugend inne: die gleichmässige Verteilung des Elends.»

Wer zukünftig also nicht noch mehr Steuern zahlen will, stimmt bei der Erbschaftssteuer-Initiative Nein.

Jürg Hotz

Wilenstr. 24, 9500 Wil

Firmen sind schon genug belastet

Diese Abstimmungsvorlage bedroht unsere KMU und damit viele Familienunternehmen in ihrer Existenz. Mit der Annahme dieser Initiative würden Erbschaften über zwei Millionen Franken neu mit 20 Prozent besteuert – egal, ob es sich dabei um Privatvermögen oder ganze Unternehmen handelt. In der Schweiz gibt es rund 300 000 KMU. Fast 80 Prozent dieser Betriebe werden als Familienunternehmen geführt.

Die Einführung der Erbschaftssteuer auf Bundesebene würde bedeuten, dass bei einem Generationenwechsel, der heute schon herausfordernd ist, 20 Prozent des Unternehmenswertes an den Staat abgegeben werden müssten. Damit das möglich wäre, müssten die entsprechenden Mittel über Jahre gespart werden. Sie stünden dann nicht mehr für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung. Unsere Unternehmen sind durch die

Frankenstärke schon genug belastet – eine weitere Einbusse an internationaler Wettbewerbsfähigkeit würden sie nicht verkraften. Deshalb stimme ich am 14. Juni mit Überzeugung Nein zur Erbschaftssteuer.

Felix KellerGeschäftsführer
Gewerbeverbände St. Gallen
Oberer Graben 12
9001 St. Gallen**Leserbrief: Initiative zerstört Familienbetriebe**

Ausgabe vom 19. Mai 2015

Motivation gegen schnellen Verkauf

Sehr geehrter Thomas Toldo. Lesen Sie bitte den Initiativtext noch einmal durch. Ihre vorbildliche von Generation zu Generation vererbte KMU wird niemals die 20 Prozent Erbschaftssteuer zahlen müssen. Ihre Familie wird wohl die zehn Jahre, die der Betrieb nach der Vererbung weitergeführt werden soll, problemlos erreichen. Erachten Sie es doch als Motivation, nicht durch einen Verkauf das schnelle Geld zu suchen, sondern den Betrieb in Ehren zu halten. Somit benötigen Sie auch keine Rücklagen, welche ja sowieso erst ab der Freigrenze gerechnet werden müssten.

Michel Ketterle

Gallustr. 38, 9500 Wil

Alleine für Erbschaftssteuer

Ausgabe vom 20. Mai 2015

Absurd und widerrechtlich

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer-Initiative ist ungerade, denn sie führt nach der Einkommens- sowie der alljährlich wiederkehrenden Vermögenssteuer zur x-ten Besteuerung des gleichen Geldes. Abgesehen davon ist diese Initiative rechtsstaatlich bedenklich, denn sie würde rückwirkend per 1. Januar 2012 in Kraft treten. Eine 2012 unter damals geltendem Recht erfolgte Schenkung oder Erbschaft könnte bei Annahme der Initia-

tive nachträglich Steuerfolgen auslösen. Wahrlich eine Unverschämtheit, denn rückwirkende Regeln widersetzen sich elementaren Grundsätzen der Rechtssicherheit. Bei Buchung der bevorstehenden Sommerferien noch einen nachträglichen Aufschlag für den letztjährigen Urlaub zu belasten, wäre so absurd wie widerrechtlich. Ins gleiche Horn bläst die Steuergerechtigkeits-Initiative im Kanton St. Gallen. Dass mit dieser Neid-Initiative zusätzlich eine Progression und somit eine Ungleichbehandlung eingeführt werden soll, entbehrt jeglicher Fairness. Insofern sind sowohl die nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer-Initiative wie auch die kantonale Steuergerechtigkeits-Initiative abzulehnen.

Bruno DudliKantonsrat SVP
Haldenwis 25, 9245 Sonnental**Im Kampf gegen die Ungleichheit**

Ausgabe vom 1. Mai 2015

Unmoralische Umverteilung

Wie dieser Artikel zeigt, gibt es sogar reiche Personen, die sich für ein Ja zur Erbschaftssteuer einsetzen. Das ist doch sehr erfreulich. Die Abstimmung am 14. Juni über die Erbschaftssteuer bietet dem Schweizer Volk endlich die Gelegenheit, eine kleine Korrektur vorzunehmen von dieser ständigen Umverteilung von Arm zu Reich. Das macht einfach keinen Sinn mehr, ist unmoralisch und gefährlich für den sozialen Frieden in der Schweiz. Heute besitzen 1 Prozent der Bevölkerung 95 Prozent des gesamten Vermögens. Wir haben die Wahl, der Erbschaftssteuer zuzustimmen und damit eine weitere Mehrwertsteuererhöhung, die alle trifft, für die Finanzierung der AHV zu vermeiden. Ich hoffe, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lassen sich nicht von der Angstmacherei blenden, dass Familien-KMU damit in den Ruin getrieben

General Guisan nicht vergessen

Gegenwärtig gedenkt die Schweiz des Weltkriegsendes von 1945. Zahlreiche Artikel, Publikationen und Beiträge erwähnen ausgiebig Zeitzeugen, wie beispielsweise Flüchtlingshelfer, Spanienkämpfer und so weiter.

Jener Mann hingegen, welchem unser Land, unser Volk Enormes zu verdanken hatte und hat, wird in den Beiträgen kaum gewürdigt: General Henri Guisan, Oberbefehlshaber der Schweizer Armee von 1939 bis 1945. Vor allem «Historiker» linker Prägung tun sich nach wie vor schwer mit dem Andenken an diesen glaubwürdigen Patrioten aus der Romandie.

Dies ungeachtet der Tatsache, dass General Guisan unerschrocken gegen braune und rote Diktatoren zum Widerstand aufrief. Ganz im Gegensatz zu einigen Bundesräten und Diplomaten, welche damals mit defaitistischen, anpasserischen Reden und Parolen vor allem den «Führer» Grossdeutschlands milde zu stimmen versuchten.

Henri Guisan gebührt für immer ein Ehrenplatz in der Geschichtsschreibung der Schweiz. Dieser General genoss höchstes Ansehen, sowohl beim Volk als auch bei den Wehrmännern.

Erich Imboden

Blumenstr. 63, 9403 Goldach

würden. Hier gibt es eine sehr grosszügige Ausnahmeregelung, damit diese KMU in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Bruno BärHüttenwiesstrasse 8d,
9016 St. Gallen**Podium: Eine Steuer, die einschenkt und allen nützt**

Ausgabe vom 13. Mai 2015

Wirksame Reform

Die Erbschaftssteuer gibt es schon lange als kantonale Steuer. Wegen des Steuerwettbewerbs wurde sie in den meisten Kantonen für die direkten Nachkommen, also Kinder und Grosskinder, abgeschafft. Nur für Neffen und Nichten oder

14. Juni 
ABSTIMMUNG
Erbschaftssteuer-Initiative

Nichtverwandte gibt es die Steuer noch. Es bestehen aber riesige Unterschiede: Bis 50 Prozent liefert man in Genf ab, in St. Gallen sind es bis zu 30 Prozent, in Schwyz jedoch nichts. Diese enormen Unterschiede sind völlig ungerecht. Mit der Initiative liegt eine Reform der Erbschaftssteuer vor, die den Mittelstand schont, weil der steuerfreie Betrag mit 2 Millionen hoch angesetzt wird. Darüber fallen 20 Prozent Steuern an, das ist moderat im europäischen Vergleich. 98 Prozent der Erbschaften sind somit vollständig steuerfrei, egal wer erbt. Für KMU gibt es hohe Freibeträge und einen stark reduzierten Steuersatz, damit die Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Diese Erbschaftssteuer wird über 3 Milliarden Franken jährlich einbringen. Zwei Drittel davon gehen an die AHV, deren Finanzierung damit ein weiteres Standbein erhält. Das entlastet ganz direkt die Lohnabzüge und die Mehrwertsteuer und sichert die Renten für alle.

Claudia FriedlNationalrätin SP/SG
Kachelweg 12, 9000 St. Gallen